

Haushalts-Rede 2022 erlanger linke:

Sehr geehrte Angehörige der demokratischen Fraktionen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und im Live-Stream,

Eine Vorbemerkung: Ich verwende aus sprachlichen Gründen die normale weibliche Form, wenn alle Menschen gemeint sind. Insbesondere Männer dürfen sich also immer auch angesprochen fühlen.

Ich möchte mit dem Thema beginnen, dass uns jetzt schon seit einiger Zeit beschäftigt. Und nein, ich spreche nicht von Corona. Ich möchte mit dem Thema beginnen, dass uns schon seit Jahren und Jahrzehnten beschäftigt: Die Klimaerwärmung, die sich in den letzten Jahren zur ausgewachsenen Klimakrise entwickelt hat.

Auf allen politischen Ebenen wird inzwischen - zumindest in Worten - die Notwendigkeit von Klimaschutz anerkannt. Ein großer Erfolg der weltweiten Klimabewegung, die auch in Erlangen seit Jahren mit großen Demonstrationen und Protestaktionen Druck ausübt. Druck eben auch auf uns, auf diesen Stadtrat. Das hat auch Wirkung gezeigt, die Stadt hat als erste in Deutschland den Klimanotstand ausgerufen, auch wenn die CSU das später zum „Klimaaufbruch“ weichgespült hat.

Doch hinter den schönen Worten der Stadtregierung steckt viel zu wenig tatsächliches Handeln!

Es werden zwar einige richtige Einzelmaßnahmen ergriffen, die wir auch unterstützen und vorantreiben. Zum Beispiel konnten wir gemeinsam mit anderen aus der demokratischen Opposition einige Verbesserung bei der Weiterverwendung gebrauchter Elektrogeräte erreichen.

Aber das ist dem Notstand nicht angemessen ! Es braucht eben nicht nur einige Verbesserungen hier und da, sondern eine umfassende Änderungen der Strukturen.

Das zeigt sich auch in Erlangen, wo die Stadtratsmehrheit zwar tolle Grundsatzbeschlüsse fasst, aber dann nicht einmal alle Stellen bewilligt, die unsere Umweltreferentin zur Bewältigung der Klimakrise und zur Umsetzung unserer tollen Grundsatzbeschlüsse beantragt hat !

Das ist eine Verhöhnung der Umwelt- und Klimabewegung, denn sie degradiert die Ausrufung des Klimanotstandes zur Sonntagsrede. Wer soll denn in der Verwaltung unsere tollen Grundsatzbeschlüsse für den Klimaschutz umsetzen ?

Wie wenig ernst die herrschende Mehrheit diese Grundsatzbeschlüsse nimmt, zeigt sie auch mit dem Bau neuer Straßen - Stichwort Ortsumgehung Eltersdorf.

Beim öffentlichen Nahverkehr ein ähnliches Bild. Bevor Sie sich aufregen: Ja, die Kliniklinie wurde eingeführt und sie ist kostenlos und das begrüßen wir. Aber die

allgemeinen Ticketpreise wurden zum Jahreswechsel um 5,5% angehoben und sollen in den nächsten Jahren weiter steigen! Das trifft gerade die, die aus den äußeren Stadtteilen in die Innenstadt pendeln. Diese Politik ist weder ökologisch noch sozial! Dabei müssen die Fahrpreise dringend deutlich gesenkt werden, für die Menschen und das Klima. Das Bürgerbegehren 365€-Ticket in Nürnberg zeigt, was möglich ist.

Auch in den anderen Bereichen der Sozialpolitik sieht es nicht gut aus. Der neue Bundeskanzler ist jetzt zwar in der gleichen Partei mit „sozial“ im Namen, wie unser Oberbürgermeister, aber das macht noch keine gute Sozialpolitik.

In Zeiten steigender Strom- und Lebensmittelpreise und der höchsten Inflation seit 28 Jahren ist eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze um lächerliche 3 € geradezu menschenverachtend und zudem verfassungswidrig¹. Denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinen beiden Regelsatzurteilen von 2010 und 2014 für den Fall einer solchen Situation vorgegeben: Wenn es zu „kurzfristig auftretende[n], extreme[n] Preissteigerungen“ kommt, ist zwingend eine kurzfristige Anpassung vorzunehmen. Dass zu wenig Geld bald nicht mehr Hartz-4, sondern Bürgergeld heißt, macht die Sache auch nicht.

¹ Siehe z.B. <https://www.soziale-schuldnerberatung-hamburg.de/2021/neues-rechtsgutachten-anne-lenze-hartz-iv-regelsatz-verfassungswidrig/> Kurzgutachten von Frau Professor Anne Lenze.

Einen dauerhaften oder ausreichenden Pandemie-Zuschlag gibt es auch nicht, weder im Bund noch in Erlangen.

Wir haben immer und immer wieder versucht mit verschiedenen Anträgen Verbesserungen für Menschen zu erreichen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Und immer und immer wieder hat die Erlanger Große Koalition das abgelehnt. Bei diesem Haushalt haben wir zum Beispiel eine deutliche Erhöhung des Heizkostenzuschuss gefordert. Sie wissen, wie sie abgestimmt haben.

Ihre Ausrede ist gerne „Da sind wir nicht zuständig“. Aber auch bei scheinbar kleinen Anliegen, die aber für die Menschen sehr wichtig sind und die, die völlig unbestritten in der kommunalen Zuständigkeit liegen, müssen wir um jeden kleinen Fortschritt kämpfen!

Auf unsere Initiative hin wurde zwar der Posten für „Leistungen außerhalb des Sozialhilferechts“ in den letzten Jahren deutlich erhöht. Die Mittel werden aber von der Verwaltung einfach nicht ausgeschüttet. Das war mit der Sozialbürgermeisterin der Freien Demokraten noch besser als mit dem aktuellen Sozialreferenten von der SPD.

Auch bei einer noch einfacheren Sache wie der Eingangsbestätigung im Schriftverkehr mit dem Sozialamt ist es ein zähes Hin und Her. Aus den Sozialberatungen hören wir aber immer wieder, dass Schriftstücke bei den

Behörden verloren gehen. Für die Betroffenen hat das existentielle Folgen, ihnen drohen Sanktionen! Eine simple Eingangsbestätigung kann hier Abhilfe schaffen. Doch wir brauchen schon ewig, um der Stadt überhaupt begreiflich zu machen, dass es hier ein Problem gibt. Dabei braucht es schnell eine Lösung!

Wenden wir uns einem anderen Thema zu: Was haben die abhängig Beschäftigten von den Regierungsbänken zu erwarten? Nun ja, nicht viel Gutes. Der große Lichtblick ist wohl die angekündigte Erhöhung des Mindestlohns auf 12€, die wir natürlich sehr begrüßen. Wann die kommt, steht aber noch in den Sternen. Und dass man von 12€ Stundenlohn in einer teuren Stadt wie Erlangen kaum über die Runden kommt, ist auch klar.

In der Kommunalpolitik können wir zwar nicht die Höhe des Mindestlohns festlegen, aber wir haben durchaus Handlungsspielraum. Zum Beispiel bei der Reinigung der städtischen Gebäude. Die ist in Erlangen privatisiert, die Reinigungskräfte sind bei privaten Anbietern angestellt, die Arbeitsbedingungen kaum überblickbar. Wir dringen seit Jahren auf eine Rekommunalisierung. Auch bei diesem Haushalt: Fehlanzeige! Der Kollege Agha schrieb zu unserem letzten Antrag in der Sache im September: „Die

Kritik, dass wir heute dem Antrag der ErLi nicht zustimmen werden, müssen wir uns gefallen lassen.“

Da haben Sie Recht, Herr Kollege !

Auch bei der Sonntagsarbeit hat die Stadt Einfluss. Die Öffnung der Geschäfte an einem Sonntag kann die Stadt bewilligen, muss sie aber nicht. Diese Stadtregierung hat aber immer wieder, sogar während der Pandemie, versucht die Geschäfte am Sonntag öffnen zu lassen.

Zum Glück hatte Oberbürgermeister Florian Janik keinen Erfolg, als er die Landesregierung um eine Gesetzesänderung bat, Sonntagsöffnungen ohne Bedingungen zu ermöglichen.

Wir bleiben dabei, wir lehnen Sonntagsöffnungen ab! Die Beschäftigten leiden darunter und die Konsumentinnen haben dadurch keinen Euro mehr in der Tasche, den sie ausgeben können. Und es nützt auch nur den großen Geschäften und Ketten.

Und wie steht's mit den Beschäftigten bei der Stadt? Für Einige kommt eine Arbeitsmarktzulage. Eine Zulage für Alle haben wir seit Jahren gefordert und beantragt, sie wurde immer abgelehnt. Aber wir freuen uns schon, wenn unsere Ideen zum Teil übernommen werden. Im Gegensatz zur Stadtratsmehrheit beurteilen wir Anträge demokratischer Stadträtinnen schließlich nach dem Inhalt und nicht danach, wer sie stellt.

Aber die Zulage, wie sie jetzt gestaltet ist, hat gravierende Fehler. Ich zitiere aus der Stellungnahme des Personalrats: „Die Begründung für die Einführung [...] gilt in vollem Umfang auch für weitere nicht aufgeführte Berufsgruppen [wie] [...] Erzieherinnen, Verwaltungskräfte in Publikumsämtern und in Jobcentern sowie Facharbeiter*innen.“ .. „Auffallend ist, dass die aufgelisteten Berufsgruppen männerdominiert sind.“ .. „Die Schere zwischen technischen und sozialen Berufen wird weiter vergrößert. Die Arbeit mit Menschen zählt weniger.“ Dieser Umgang mit Erzieherinnen, dieses weniger Geld für in der Regel weibliche Sorge-Arbeit folgt dem Motto „Beifall statt mehr Geld“. Will die Stadt wirklich warten, bis es bei den Erzieherinnen eine Kündigungswelle gibt, wie sie jetzt schon in der Krankenpflege festzustellen ist ? Wo 40% regelmäßig an Kündigung denken ? Wir jedenfalls werden weiter Druck für gleiche Lohnerhöhungen machen.

Sehr viele Lohnabhängige, egal für wen sie arbeiten, stehen in Erlangen allerdings noch vor einem anderen Problem: Ein viel zu großer Teil des Einkommens geht für die Miete drauf. Die meist mageren Lohnerhöhungen werden von Mietsteigerungen aufgefressen und wer gar keine Lohnerhöhung bekommt, schaut komplett in die Röhre!

Mieterinnen haben von der neuen Bundesregierung nichts Gutes zu erwarten: Im Koalitionsvertrag suchen wir z.B. vergebens nach einem bundesweiten Mietendeckel nach Berliner Vorbild. Die Partei des Oberbürgermeisters, die Grünen und die FDP tragen dafür auch in Erlangen die politische Verantwortung.

Seit Jahren kämpfen wir für ein sogenanntes Zweckentfremdungsverbot, also das Verbot, Wohnraum leerstehen zu lassen, oder in Ferienwohnungen umzuwandeln, Stichwort „air BnB“.

Vor 2 Jahren hatten wir damit im Stadtrat Erfolg.

Das war aber offensichtlich ein Kompromiss nach dem Motto: Beschließt das ruhig, aber wir stellen eh Niemand ein, der das Verbot dann auch durchsetzt. Erst eineinhalb Jahre später wurden eineinhalb Stellen besetzt. Herr Weber erklärte, dass damit gerade mal Anträge und Anzeigen aus der Bürgerschaft bearbeitet werden können, und dass auch nur, wenn es nicht mehr Hinweise aus der Bürgerschaft gibt.

Wir haben deshalb mehr Stellen gefordert, Sie, die Mehrheit haben das gerade abgelehnt. Da helfen nur noch massenhafte Anzeigen engagierter BürgerInnen bei Wohnungs-Leerstand und bei längerer Vermietung über airBnB, dazu rufen wir ausdrücklich auf !

Ein krasser Fall von Leerstand ist das Haus Bismarckstraße 4, wo die Universität die BewohnerInnen auf die Straße setzte, und das Denkmal seitdem gezielt verfallen lässt. Die öffentliche Hand als Vorbild. Als untere Behörde für Denkmalschutz war die Stadt dafür zuständig, den Schutz des Denkmals durchzusetzen, aber da musste die Stadtspitze erst zu Jagen getragen werden.

Ach ja – richtig – Denkmalschutz: Ein Teil des landesweit bedeutenden Denkmals Hupfla wurde abgerissen – „unerhörte Denkmalignoranz“ nannte das die renommierte deutsche Stiftung Denkmalschutz. Die Zerstörung des Denkmals bekam von der Stadt eine Ausnahme-Genehmigung. Wir konnten uns nicht vorstellen, dass die Denkmalfachleute bei der Stadt so was genehmigen, und haben öfter nachgefragt. Schließlich musste der Oberbürgermeister einräumen, dass er und nicht die Denkmalfachleute den Abriss genehmigt haben.

Der Kämmerer klagt über Strafzinsen für städtische Guthaben, trotzdem hören wir schon die Frage – z.B. gerade von Frau Pfister: „Was ist euer Deckungsvorschlag - Wer soll das bezahlen“ ?

Ich habe den neuen Sozialbericht durchgearbeitet, und gefunden, dass die 10% Erlangerinnen mit dem höchsten Einkommen 7 mal so viel verdienen, wie die 10% Erlangerinnen mit dem geringsten Einkommen – das

beantwortet für uns diese Frage: Natürlich sollen die mit dem hohen Einkommen zahlen !

Und die einzige Steuer, mit der eine Stadt zugunsten der Mehrheit umverteilen kann, ist die Gewerbesteuer, deren Erhöhung auf Nürnberger Niveau wir in diesem Haushalt wieder gefordert haben – leider ohne Erfolg.

Dieser Haushalt wird den drängenden sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht gerecht. Wir lehnen ihn ab ! Dem Stellenplan haben wir aber zugestimmt, als Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten im Rathaus, denen wir hiermit noch einmal ausdrücklich für ihre

e
n
g
a
g
i
e
r
t
e

A
r
b
e

j
Haushalts-Rede 2022 erlanger linke -autorisierte Fassung
t